

gement, Ressourcenkonflikten, Umweltverschmutzung und Migration werde schwerwiegende Konsequenzen haben. Betroffen wären nicht nur die Wasser-, Nahrungs-, Energie- und Gesundheitsversorgung, sondern im schlimmsten Fall sogar die staatliche Integrität selbst. Obschon SAARC hier Initiativen gestartet habe, mangle es an politischem Willen, diese umzusetzen. Es gälte daher, grundlegende Mechanismen, wie z.B. Maßnahmen für Katastrophenmanagement oder den Austausch von Klimadaten, zu etablieren.

In einer letzten, von Dr. Stefan Friedrich, Leiter des Teams Asien und Pazifik der KAS, moderierten Diskussionsrunde formulierten die Teilnehmer Politikempfehlungen. Gefordert wurde die stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in die SAARC, regelmäßige Treffen auf oberster Regierungsebene, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Abbau von Handelshemmnissen (z.B. durch die Aufhebung von Visa-Beschränkungen), Kooperation im Energie- und Wassersektor sowie eine regionale Umwelt- und Klimastrategie. Gewünscht wurde schließlich auch eine stärkere Präsenz Deutschlands und der EU in der Region, z.B. durch die Teilnahme hochrangiger Regierungsvertreter am SAARC-Gipfel auf den Malediven im November 2011. Zudem wurde angeregt, den Austausch zwischen den Staaten auf der lokalen Ebene zu fördern, z.B. durch Austauschprogramme für Jugendliche und Gemeindeglieder.

Marcel Schepp

## **Südasiensforum 2011: In Afghanistan's Shadow – Ethnic & Religious Violence in Pakistan**

Hanns-Seidel-Stiftung, Berlin, 05.-06. Juli 2011

Thema des diesjährigen Südasiensforums der Hanns-Seidel-Stiftung waren die ethnischen und religiösen Spannungen in Pakistan, die hierzulande vielfach hinter die Berichterstattung über Afghanistan zurücktreten. Insgesamt acht Experten und Politiker aus Pakistan befanden sich zu einem Meinungsaustausch mit der deutschen Fachöffentlichkeit eine Woche lang in Deutschland. Im Mittelpunkt der Reise stand – neben zahlreichen Hintergrundgesprächen – die Ausrichtung des Südasiensforums. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse und widmete sich an insgesamt zwei Tagen in vier Panels der im Konferenztitel genannten übergeordneten Themenstellung aus der Sicht der wichtigsten, von der Zentralregierung weitgehend benachteiligten, ethnischen Gruppierungen, namentlich der Paschtunen, der Belutschen, der Sindhis, und der Muhajir.<sup>2</sup>

Der Zeitpunkt der Konferenz koinzidierte mit einem neuerlichen Aufflammen ethno-politischer Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der ethnisch-nationalistischen

<sup>2</sup> Technisch betrachtet handelt es sich bei letzteren nicht um eine ethnische Gruppierung im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr um Muslime, die nach Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 von Indien nach Pakistan emigrierten.

Awami National Party (ANP), die von Paschtunen dominiert wird und Vertretern des Muttahida Qaumi Movement (MQM), welches vor allem die Interessen der Muhajir vertritt. Weiterhin verdeutlichte der aktuelle Diskurs über die verstärkte Einbindung der Nachbarländer Afghanistans in dessen Befriedung vor dem Hintergrund des nunmehr beschlossenen Abzugs der internationalen Truppenpräsenz am Hindukusch bis zum Jahr 2014 eindringlich die Notwendigkeit einer solchen Konferenz.

Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Michael Steiner, hielt die Eröffnungsrede, in der er herausstellte, dass die Region nur als Gesamtes betrachtet und eine Beruhigung der Lage in Pakistan nur unter Einschluss Afghanistans (und vice versa) bewerkstelligt werden könne. Dementsprechend sei einer regionalen Herangehensweise verstärktes Augenmaß beizumessen. Asfandyar Wali Khan, Präsident der ANP, der bedeutendsten säkularen paschtunischen Partei Pakistans, war erster Redner im Panel „Afghanistan-Pakistan Relations: A Tale of Love and Hate“. Er stellte heraus, dass es sich historisch betrachtet bei allen Paschtunen um Afghanen handele<sup>3</sup> und bekräftigte mit diesem transnationalen Argument die Kernaussage von Botschafter Steiner. Die Entwicklung eines friedlichen Pakistans sei untrennbar mit dem Schicksal Afghanistans verbunden.

Auch Mahmood Khan Achakzai, Vorsitzender der Paktoonkwa Milli Awami Party (PMAP) leitete während des Panels zum Thema „Balochistan – Sub-nationalism in Pakistan’s South-West“ seine Lösungsansätze historisch her. So habe sich das Siedlungsgebiet der Paschtunen historisch „from Oxus to Indus“ erstreckt. Er forderte, dass die Paschtunen verstärkt in die von Pandschabis dominierte Zentralregierung in Islamabad eingebunden werden müssten. Er endete frei nach den Worten des pakistanischen Nationalphilosophen Iqbal: „If we take Asia as a whole body, then Afghans are the heart of it. If this heart is in good condition, then everything is at peace. If it is troubled, the whole region will suffer.“

Mustafa Kamal, ehemaliger Bürgermeister der pakistanischen Wirtschaftsmetropole Karatschi, stellte ausführlich die Standpunkte der Muhajir dar. Interessant waren seine Ausführungen insbesondere auch deshalb, als es sich bei Kamal um einen bedeutenden Vertreter der MQM, einer der beiden der zum Zeitpunkt der Konferenz stattfindenden Unruhen in Karatschi maßgeblichen Parteien, handelt. Die Entwicklung Karatschis, der Hauptstadt des Sindh, vom Fischerdorf zur Metropole, war Thema des ebenfalls angereisten Journalisten Zulfiqar Halepoto. Die Stadt, die mit ihrer enormen Bevölkerungsexplosion von 120.000 Einwohnern im Jahr 1990 auf 18 Millionen Einwohner im Jahr 2011 weit über die Grenzen ihrer Belastbarkeit getrieben wurde, sei wegen seiner enormen Bedeutung für die pakistanische Wirtschaft

<sup>3</sup> Von den weltweit etwa 40 Millionen Paschtunen leben zwei Drittel in Pakistan, machen dort aber lediglich ein Sechstel der Staatsbevölkerung aus. Die übrigen Paschtunen sind in Afghanistan das dominierende Staatsvolk, wenngleich sie dort lediglich 40% der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Diese Konstellation ist Ergebnis der 1893 zwischen Pakistan und Afghanistan gezogenen Durand-Linie.

(25% des BIP) besonders anfällig für politische und soziale Spannungen. Diese resultierten insbesondere aus einer hohen Arbeitslosenquote, ethnischen und sozialen Disparitäten, zahlreichen Umweltproblemen und einer mangelnden politischen Kontrolle. Als mögliche Auswege aus diesen Dilemmata wurden ein massiver Ausbau der Infrastruktur, der weitere wirtschaftliche Aufstieg, sowie die Gewährung und Berücksichtigung von Minderheitenrechten genannt.

Der Khan von Kalat, Mir Suleman Dawood Khan nutzte die Gelegenheit zu einer Standortbestimmung in eigener Sache und nannte Gründe für eine erneute Unabhängigkeit der Provinz Belutschistan, unter besonderer Berücksichtigung „seines“ Staates, des Khanats von Kalat, das von 1666 bis 1955 existierte. Der ehemalige belutschische Senator Sanaullah Baloch legte, ebenso wie der Journalist Malik Siraj Akbar, in seinem Referat eindringlich die Probleme dar, die Belutschen in ihrer eigenen Provinz, Belutschistan, im täglichen Leben haben. So sei den Bewohnern der an Rohstoffen reichen Provinz in den zahlreichen Unternehmen der Zutritt zu leitenden Position verwehrt, sie würden allenfalls als Hilfsarbeiter angestellt. Auch die Bedeutung der Provinz als Energiekorridor für weite Teile Südasiens, zunehmend auch Europas, und die hieraus resultierenden Einnahmen kämen insbesondere der Regierung zugute. Ergebnis sei eine massive Ungleichverteilung. Belutschen seien trotz des Reichtums ihrer Provinz größtenteils arme, hinsichtlich ihres Bildungsniveaus und Lebensstandards weit unterhalb des nationalen Durchschnitts lebende Menschen, und damit für eine Radikalisierung besonders anfällig.

Prof. Dr. Mumtaz Ahmad, der Präsident der International Islamic University in Islamabad legte im abschließenden Vortrag des Panels „The Talibanization of Pakistan“ seine Erkenntnisse zur derzeitigen Ausbreitung eines radikalen Islam im Süden der Provinz Pandschab dar. Die teilweise schon seit Jahrzehnten existierenden radikalen Medresen hätten in den vergangenen Jahren durch zurückkehrende Gastarbeiter aus Saudi-Arabien verstärkten Aufwind erhalten.

Abschließend ging Paul Lehrieder, MdB und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe auf die wirtschaftlichen Implikationen einer Befriedung der Region ein. Er hob hervor, dass eine Stabilisierung ureigene Aufgabe der pakistanischen Regierung wäre und Deutschland sich in diesen Belangen nicht einmischen könne. Sobald allerdings Stabilität geschaffen wäre, könnten deutsche Unternehmen in Pakistan und Afghanistan vermehrt investieren, um eine dauerhafte Basis für Frieden und Sicherheit in der Region zu schaffen.

Als deutsche Sprecher nahmen Dr. Christian Wagner, SWP, Boris Wilke von der Universität Bielefeld, Prof. Dr. Jamal Malik von der Universität Erfurt sowie Dr. Dietrich Reetz vom Zentrum Moderner Orient teil. Auch die Leitung der Panels wurde von ausgewiesenen Pakistankennern, Dr. Hein Kießling, Dr. Martin Axmann, dem Initiator der Konferenz, Dr. Jochen Hippler von der Universität Duisburg-Essen und Dr. Gunter Mulack, ehemaliger deutscher Botschafter in Islamabad, übernommen.

Während der gesamten Konferenz wurde, insbesondere von den pakistanischen Rednern, immer wieder die Bedeutung des Directorate of Inter-Services Intelligence (ISI) bei der Konfliktlösung herausgestellt. Beim pakistanischen Geheimdienst handelt es sich um den Dreh- und Angelpunkt der Sicherheitsdebatte in Pakistan und Südasien. Dies resultiere aus der zentralen Rolle, die der ISI für die pakistanische Politik, insbesondere aber für den Konflikt in Afghanistan über die mutmaßliche Unterstützung von Gotteskriegeren mittlerweile einnehme. Die ethnischen und religiösen Konflikte in Pakistan könnten ferner nur durch eine tiefgreifende Dezentralisierung mit starken Provinzrechten für die jeweils einheimischen Ethnien eingeschränkt werden.

Das diesjährige Südasienforum, welches von gegenseitiger Rücksichtnahme und einem hervorragend informierten Fachpublikum geprägt war, bot einigen bisher in den Staaten des westlichen Verteidigungsbündnisses nur wenig gehörten, und teilweise in ihrem eigenen Land strikten Reisevorbehalten unterworfenen Politikern und Journalisten erstmals die Gelegenheit zu einem ausgiebigen Austausch untereinander und mit deutschen Wissenschaftlern. Dies wurde von Mustafa Kamal mit den Worten gewürdigt, dass es einer deutschen Organisation wie der HSS bedürfe, dass sich pakistanische Politiker erstmals in dieser Runde offen über aktuelle Konfliktfelder im eigenen Land unterhalten konnten.

Kristof W. Duwaerts